

Stärkung der Patientenrechte – Ein unendliches Politikermärchen?

Von Joachim Trauboth

Wenn es um die Stärkung der Patientenrechte geht, dann kann man getrost sagen, dass die dPV-Regionalgruppe Kreis Steinfurt ein unermüdlicher Streiter ist. Und das aus gutem Grund: Die Versicherten füllen mit ihren Krankenkassenbeiträgen einen riesigen Finanztopf. Aber an den Entscheidungen, wer aus diesem Topf gespeist wird, sind die Versicherten und Patienten nicht mit Stimmrecht beteiligt. Wofür das Geld der Versicherten ausgegeben wird entscheidet der G-BA.

„Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Er bestimmt in Form von Richtlinien den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für mehr als 70 Millionen Versicherte und legt damit fest, welche Leistungen der medizinischen Versorgung von der GKV erstattet werden. Darüber hinaus beschließt der G-BA Maßnahmen der Qualitätssicherung für den ambulanten und stationären Bereich des Gesundheitswesens.“ (Quelle: Homepage G-BA)

Unter der großen Koalition hat die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) dafür gesorgt, dass „Vertreter der Versicherten und Patienten“ im G-BA ein Antragsrecht haben und angehört werden. Das reicht uns nicht! Wir wollen gleichberechtigt mitbestimmen, wofür die Versichertengelder ausgegeben werden und worauf Patienten einen Anspruch haben. Diese Forderung bekommt eine wachsende Brisanz. Auf Grund der Altersentwicklung in der bundesdeutschen Bevölkerung wird sich die Anzahl der Menschen, die Gesundheits- und Pflegeleistungen in Anspruch nehmen sprunghaft steigern. Im Verhältnis sinkt die Zahl der jungen Bürger und Erwerbstätigen. Damit wird der Geldmangel im Gesundheitssystem chronisch. Darum spricht man heute schon offen über „Priorisierung“ und „Rationierung“. Es werden also heftige Diskussionen stattfinden, was in Zukunft von den Kassen noch gezahlt wird. Bei diesen Diskussionen wollen wir als Versicherte und Patienten dabei sein – gleichberechtigt zu den anderen Akteuren im Gesundheitswesen und mit Stimmrecht!

Inzwischen ist bekannt, dass die Vertreter unserer Regionalgruppe mit Politikern aller Parteien – ob in der Kommune, im Kreis, Land oder auf Bundesebene – enge Kontakte pflegen. Und wann immer wir mit Politikern oder z. B. Vertretern der Kostenträger oder Ärzte sprechen, fordern wir energisch dieses Stimmrecht für Patienten ein. Und da erlebt man als Bürger auch schon mal politische Wirklichkeit hautnah:

Vor der Wahl haben uns Vertreter der jetzigen Regierungskoalition, in persönlichen Gesprächen und bei Auftritten vor unserer Regionalgruppe versprochen, sich für das Stimmrecht der Patienten stark zu machen. Heute finden die damaligen Wahlkämpfer, die heute in der Regierungskoalition sitzen, viele Gründe, warum das gleichberechtigte Stimmrecht der Patienten nicht machbar ist. Und welch ein Wandel: Heute macht sich die Partei von Ulla Schmidt, damals in der Regierung und für die eingeschränkte Mitwirkung der Patienten

im G-BA verantwortlich, als Oppositionspartei für das Stimmrecht und den konsequenten Ausbau der Patientenrechte stark.

Das zeigt eindrucksvoll dieser Auszug aus dem stenographischen Bericht der 43. Sitzung im Deutschen Bundestag am 20 Mai 2010. (Für ein modernes Patientenrechtegesetz (Drucksache 17/907)

Die Abgeordnete Dr. Marlies Volkmer (SPD) führt aus:

„...Abschließend komme ich noch zu einem wichtigen Punkt unseres Antrags, nämlich zu den kollektiven Beteiligungsrechten. Die Patientinnen und Patienten werden nur dann von Betroffenen zu Beteiligten, wenn sie mitentscheiden und mitbestimmen können. Das beste Beispiel dafür ist die Patientenbeteiligung im Gemeinsamen Bundesausschuss, also dem Gremium, in dem festgelegt wird, was zulasten der Krankenversicherung verordnet wird. Wir haben die Mitwirkungsrechte der Patienten etabliert, aber sie haben noch kein Stimmrecht. Wir denken, dass es überfällig ist, dass die Patienten jetzt das Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss erhalten.

*(Beifall bei der SPD sowie der
Abg. Maria Anna Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] –
Ulrike Flach [FDP]: Das hättet ihr doch gleich machen können!)*

Unser Antrag fußt auf Eckpunkten, die wir in der vorigen Legislaturperiode in einem langen Diskussionsprozess mit vielen Beteiligten erarbeitet haben – mit Patientenselbsthilfegruppen, mit Hilfeverbänden, mit Juristen, mit Ärzten –, und deswegen sind wir der Meinung, dass dieser Antrag eine sehr gute Grundlage für die Erarbeitung eines Patientenrechtegesetzes ist, was der Patientenbeauftragte ja will. Der Patientenbeauftragte hat es ja mehrfach gesagt: Er möchte hier spätestens im nächsten Jahr ein Patientenrechtegesetz verabschieden...“

Im Plenarprotokoll finden sich dann Beiträge von Abgeordneten der CDU und FDP, die sich anders anhören, als das, was wir vor der Wahl gehört haben:

4239 - Zöllner (CDU, Beauftragter der Bundesregierung)

„Auch im Gemeinsamen Bundesausschuss werden immer mehr patientenrelevante Entscheidungen getroffen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir eine Stärkung der Patientenmitwirkung brauchen. Wie dies gemacht werden kann, ist noch offen. Die Patientenvertreter sind für eine generelle Mitbestimmung; dies lässt sich allerdings nur in bestimmten Bereichen umsetzen.“

4249 - Dr. Erwin Lotter (FDP):

„Die SPD fordert des Weiteren mehr kollektive Beteiligungsrechte der Patienten in Bundes- und Landesgremien. Hier ist Vorsicht geboten. Über ein Stimmrecht in Verfahrensfragen könnte man reden. Ein volles Mitbestimmungsrecht kann aber nicht für alle Gremien verfügt werden, da hier ein spezielles und besonderes Fachwissen notwendig ist. Es führt zu nichts, wenn Ärzte und Heilberufe durch eine grundsätzlich sinnvolle Patientenbeteiligung unter Druck geraten und sich ein höherer Aufwand in der Verwaltung einstellt.“

Fazit: Für uns als Regionalgruppe gibt es in Sachen Stimmrecht „noch viele Bretter zu bohren“. Wir werden die Politiker an ihre Aussagen erinnern, egal ob sie die vor der Wahl oder danach gemacht haben. Irgendwann werden wir als Wähler ja wieder wertvoll...

Steinfurt, 18.06.2010